

Uni-Kiez in Berlin-Dahlem: Containerdorf oder Uni-Gebäude?

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem entfachen hitzige Debatte. Wie bröckelt die woke Fassade? #Flüchtlinge #Berlin #UniKonflikt

Das Grundstück in Berlin-Dahlem an der Thielallee 63, das derzeit als Parkplatz genutzt wird, ist Gegenstand von Kontroversen. Der Senat plant, auf dieser Fläche ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge zu errichten. Dies stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere von der Freien Universität. Die Uni beabsichtigt, dort ein Gebäude für Lehre und Forschung zu errichten. Die Flüchtlingskoordinatorin des Senats, Albrecht Broemme, hat mit der FU- Kanzlerin Andrea Güttner diesbezüglich kommuniziert, wobei die Uni Bedenken äußerte, die Fläche für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen.

Die Freie Universität Berlin fühlt sich übergangen und beklagt, dass sie nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen wurde. Zwar betont die Uni ihre Bereitschaft, geflüchtete Menschen zu unterstützen, weist jedoch darauf hin, dass das Grundstück für eigene Baumaßnahmen dringend benötigt wird. Die Uni schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen. Broemme betont, dass die Fläche bisher ungenutzt ist und somit für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden könnte, bis sie für den Bau anderer Einrichtungen benötigt wird.

Der Senat hat Ende März beschlossen, 16 weitere Containerdörfer zu errichten, da der Bedarf an Wohnungen für

Flüchtlinge nicht gedeckt ist. Die Standorte für die neuen Containerdörfer sind vorwiegend im Ostteil der Stadt geplant, wodurch das Ungleichgewicht zwischen den Bezirken verschärft wird. Trotz der Bereitstellung dieser neuen Unterkünfte erkennt Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner an, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind, um den Bedarf vollständig zu decken.

Der Protest gegen die geplante Flüchtlingsunterbringung auf dem Unigelände in Berlin-Dahlem spiegelt die kontroversen Debatten über die Nutzung von freien Flächen für diesen Zweck wider. Auf sozialen Medien wird Kritik laut, insbesondere gegenüber der Freien Universität, die als sonst weltoffen wahrgenommen wird. Die Diskussion verdeutlicht die Spannungen und unterschiedlichen Perspektiven im Umgang mit der Flüchtlingskrise und der allgemeinen Bereitstellung von Unterkünften für Schutzsuchende.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de